



Alliance of Liberals and Democrats for **Europe**
Alliance des Démocrates et des Libéraux pour l'Europe

POSITIONSPAPIER

von **ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF, MDEP** und **DR. JORGO CHATZIMARKAKIS, MDEP**
für die Gruppe der **FDP** im **EUROPÄISCHEN PARLAMENT**

zu

EUROPÄISCHE ENERGIEPOLITIK

Stand: 22.02.2008



im Europäischen Parlament

Europa ist noch immer meilenweit von einem funktionierenden Binnenmarkt für Energie entfernt. Ein solcher Befund ist fast ein Jahrzehnt nach den ersten Initiativen für die Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes mehr als enttäuschend. Dieses Defizit bezahlt der Verbraucher mit kontinuierlich ansteigenden Strom- und Gaspreisen.

Europa benötigt eine starke Energiepolitik. Der Klimawandel, die zunehmende Importabhängigkeit und höhere Energiepreise stellen alle Mitgliedstaaten vor dieselben Herausforderungen. Weder die Probleme nachhaltiger Versorgungssicherheit noch des Klimawandels können von den Mitgliedstaaten allein gelöst werden. **Daher bedarf es dringend eines integrierten Europäischen Ansatzes in der Energiepolitik. Das von der Kommission in 2007 vorgelegte dritte Energiepaket ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.**

Die FDP im Europäischen Parlament fordert:

- Um die Unabhängigkeit zwischen Verteilungssnetzen und Produktion zu sichern, sollen Mitgliedstaaten zunächst die Wahl zwischen eigentumsrechtlicher und effektiver & effizienter Entflechtung haben. Nach drei Jahren wird entschieden, ob eigentumsrechtliche Entflechtung für freien Wettbewerb notwendig ist.
- Für die Kooperation unabhängiger nationaler Regulier ist ein ERGEG+ Modell sinnvoller als eine von der Kommission kontrollierte Europäische Agentur.
- Zur Verbesserung des Klimaschutzes sind Förderung von Forschung und Entwicklung, Weiterentwicklung konventioneller Energieträger, sowie die Nutzung von Nuklearenergie als Übergangstechnologie notwendig.
- Zur Entwicklung einer gemeinsamen Energieaußenpolitik müssen die Mitgliedstaaten zukünftig mit einer Stimme sprechen und die Diversifizierung der Energieherkunftsländer -insbesonder durch Unterstützung der Nabucco-Pipeline- sicherstellen.

I. Wettbewerb stärken

Nur ein gut funktionierender Energiebinnenmarkt wird die Kosten für Bürger und Unternehmen senken.

Unabhängigkeit von Produktion und Verteilung

Die FDP fordert, dass die Netze zur Verteilung von Strom und Gas wirtschaftlich unabhängig von der Energieproduktion geführt und verwaltet werden.

Andernfalls droht die Gefahr von Missbrauch und die Diskriminierung von Wettbewerbern. Das gegenwärtige Marktversagen hält die netzbetreibenden Unternehmen auch davon ab, ausreichend in ihre Netze zu investieren. Denn je mehr sie die Netzkapazität erhöhen, desto stärker wird der Wettbewerb im heimischen Markt und desto niedriger wird der Marktpreis für Energie sein. **Die volle eigentumsrechtliche Entflechtung der Unternehmen darf dagegen nur Ultima Ratio der Politik sein. Somit gilt es, andere Alternativen sorgfältig zu prüfen.**

Alternativen zur eigentumsrechtlichen Entflechtung

Unabhängige Netzbetreiber als Alternative zur eigentumsrechtlichen Entflechtung sind in der von der Kommission vorgeschlagenen Form allerdings **nicht zielführend**: Denn erstens verlieren Unternehmen die strategische Kontrolle über ihre Netze, müssen jedoch weiterhin für deren Finanzierung aufkommen. Zweitens steht der notwendige regulatorische Aufwand für die Zulassung und Kontrolle solcher Netzbetreiber nicht im Verhältnis zur Zielsetzung. **Die FDP schlägt daher vor, den Mitgliedsstaaten zunächst die Wahl zu geben zwischen der sog. effektiven und effizienten Entflechtung und der eigentumsrechtlichen**

Entflechtung. Erstere ist eine Alternative, bei der die Netzbetreiber aufgrund der Personal- und Verwaltungsstruktur einen noch unabhängigeren Entscheidungsspielraum haben als es bisher durch die rechtliche Entflechtung der Fall ist. **Entscheidend bei dieser Option ist, dass die Unternehmen weiterhin Eigentümer ihrer Netze bleiben. Die Möglichkeit der eigentumsrechtlichen Entflechtung bleibt jedoch bestehen**, auch um Mitgliedsstaaten, die diese bereits durchgeführt haben, entgegenzukommen. Sollte sich drei Jahre nach Umsetzung der effektiven und effizienten Entflechtung in einem Mitgliedsstaat abzeichnen, dass diese Option für die notwendigen Netzinvestitionen und freien Wettbewerb nicht ausreichend ist, so wird die EU entscheiden, ob die eigentumsrechtliche Entflechtung für den Mitgliedsstaat bindend wird.

Unabhängige Regulierung

Die Stromnetze in jedem Mitgliedsstaat müssen unter Aufsicht einer starken unabhängigen Regulierungsbehörde gestellt werden. Diese muss über ausreichende Befugnisse verfügen, um **Wettbewerb auf dem heimischen Markt garantieren** zu können. Zudem muss die **grenzüberschreitende Kooperation der Regulierungsbehörden verstärkt werden**. Derzeit können Fortschritte nur auf Grundlage von freiwilligen Vereinbarungen zwischen den 27 einzelstaatlichen Behörden getroffen werden, die häufig zu unterschiedliche nationale Interessen vertreten. Daher gilt es, eine **unabhängige europäische Regulierungsstruktur** zu schaffen. Diese muss insbesondere bei der **Festlegung von technischen Standards** und bei **Verfahren, die für das Funktionieren des grenzüberschreitenden Handels von Bedeutung sind**, für die nationalen Regulierungsbehörden und Markakteure **verbindliche Entscheidungen treffen können**. Eine neue **Europäische Agentur zur Energieregulierung unter der Kontrolle der Kommission** ist dafür jedoch **nicht notwendig**. Stattdessen befürwortet die FDP das sog. **ERGEG+ Modell**, bei dem die Rolle der Europäischen Gruppe der Regulierer für Elektrizität und Gas (ERGEG) formalisiert wird und von einem permanenten Sekretariat bei der Entscheidungsfindung unterstützt wird.

Sicherheit der Stromnetze

Blackouts machen nicht an nationalen Grenzen halt. Die jüngsten Erfahrungen haben gezeigt, dass zur Erhöhung der Zuverlässigkeit des Elektrizitätssystems der EU und **zur Vermeidung von Blackouts europaweit verbindliche Netzsicherheitsstandards** festgelegt werden müssen.

Verbraucherfreundliche Energiepolitik

Die FDP fordert, der Versorgung der Europäischen Energienutzer mit sicherer und preiswerter Energie Priorität einzuräumen. **Stetig steigende Energiekosten belasten Bürger und Wirtschaft gleichermaßen**. Den Privathaushalten wird Kaufkraft entzogen, die Binnennachfrage nach Konsumgütern leidet; für die Unternehmen sind hohe Energiekosten ein Nachteil im internationalen Wettbewerb. Das **Potential des Binnenmarktes für Energie** muss durch eine Öffnung für den Wettbewerb, **durch mehr Wahlmöglichkeiten für die Energieverbraucher endlich spürbar** werden.

Investitionen und Ausbau der Netze

Mangelhafte grenzüberschreitende Infrastrukturen in Übertragungs- und Verteilungsnetzen sowie Speicheranlagen verursachen Wettbewerbsprobleme, weil der Marktzugang erschwert wird. Die Europäische Energieversorgung benötigt im nächsten Jahrzehnt enorme Investitionen im hohen zweistelligen Milliardenbereich. **Den Energieunternehmen muss Investitionssicherheit gegeben werden**. Die noch nicht einmal in Konturen erkennbare Nachfolgeregelung zum Kyoto-Protokoll und die damit ungewissen Belastungen verhindern diese Investitionen, die einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten würden.

II. Klimaschutz voranbringen

Ziel einer europäischen Energiepolitik muss es sein, **entschlossen den Klimawandel zu bekämpfen**. Die FDP unterstützt den Ansatz der Kommission, den **CO2-Ausstoß bis 2020 um 20% zu reduzieren**. **Die Vorreiterrolle Deutschlands auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung muss effektiv genutzt werden**.

Keine Alleingänge

Die Europäische Energieversorgung bildet das Rückgrat unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Um diese im globalen Maßstab zu erhalten, muss die EU sicherstellen, dass die großen Entwicklungs- und Schwellenländer sowie die USA sich ebenfalls zu ehrgeizigen Klimaschutzz Zielen bekennen. Daher erscheint auch ein CO2 Reduktionsziel von 30 % denkbar, wenn dies mit unseren internationalen Wettbewerbern vereinbart wird.

Kernenergie nutzen

Die FDP begrüßt die Arbeiten der Kommission zur Analyse der Kernenergie als Energiequelle in Europa. Ohne Stromerzeugung aus Kernkraft sind die Ziele der Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit nicht zu erreichen. Für die EU ergeben sich wirtschaftliche Vorteile, wenn sie ihre **technologische Führungsrolle** auf diesem Gebiet wahrt und ausbaut. Deutschland und Europa müssen durch Forschung, Entwicklung und Verwendung der Kernenergie einen Beitrag zum Erhalt dieser CO2-freien, sicheren und leicht verfügbaren Energiequelle leisten. Dabei betrachtet die FDP im EP die **Nuklearenergie als Übergangstechnologie**, bis Alternativen an ihre Stelle treten können, bei denen sich das Problem der Endlagerung des Brennmaterials entweder nicht stellt oder aber zufriedenstellend gelöst ist.

Energieeffizienz steigern

Ein geringerer Bedarf an Energie für das gleiche Ergebnis ist das Ziel der europäischen **Programme zur Energieeffizienz**. Die Steigerung von Kraftwerkswirkungsgraden und die **Senkung des Energieverbrauchs von Autos, Flugzeugen, Industrieanlagen und Haushaltsgeräten** ist ein vernünftiger Weg, Umweltziele zu erreichen, Abhängigkeit zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die FDP unterstützt die Anstrengungen der Europäischen Kommission, diesen Aspekt der Energiepolitik auszubauen. Dabei allerdings sind marktwirtschaftliche Instrumente und bessere Verbraucherschutz-informationen dirigistischen Verboten vorzuziehen.

Erneuerbare Energien

Die FDP unterstützt die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in allen drei Bereichen: Elektrizität, Biokraftstoffe sowie Wärme- und Kälteerzeugung. Erneuerbare Energie trägt zu mehr Energieversorgungssicherheit bei. Sie erhöht den Anteil der EU-eigenen Produktion und kann die Abhängigkeit von Energieimporten aus politisch instabilen Regionen verringern helfen. Die FDP setzt sich für binnenmarktkonforme Unterstützungsmechanismen bei erneuerbaren Energieträgern ein. Die erneuerbaren Energien sind auf absehbare Zeit keine Alternative zu den konventionellen Energieträgern, sondern stellen eine Ergänzung dar. Die massenhafte Ausweitung der Nutzung erneuerbarer Energien ist nur durch Ausweitung öffentlicher Förderinstrumente darstellbar. Diese Instrumente sind dabei im Einzelfall einer rationalen Kosten-Nutzen Analyse zu unterziehen, bevor eine Entscheidung über ihren Einsatz getroffen wird.

Konventionelle Energieträger weiterentwickeln

Die FDP fordert, die vorhandenen Potentiale und neuen Technologien zu nutzen, um die **heimische Braunkohle weiterhin als sicheren und preiswerten Energieträger im Deutschen und Europäischen Energiemix zu erhalten**. Angesichts der besonders schwierigen Umwelteigenschaften der Braunkohle sind besondere Anstrengungen zur Minderung des CO₂ Ausstoßes notwendig. Daher begrüßt die FDP das Projekt der CO₂ Abscheidung bei der Kohleverstromung um Fortschritte bei der „**Clean Coal**“-Technologie zu erreichen. Unter Kenntnis der unvermeidlichen Wirkungsgradverluste von Kraftwerken durch die CO₂ Abscheidung begrüßt die FDP den Rechtlinienvorschlag "Carbon Capture and Storage". Für die Technologie der CO₂ Abscheidung wird ein globaler Markt entstehen, bei dem Europa führender Anbieter sein muss. Deshalb sind Anstrengungen zur Entwicklung der Marktreife für diese Technologie zu verstärken.

III. Gemeinsame Energieaußenpolitik entwickeln

Energiefragen müssen zu einem festen Bestandteil der außenpolitischen Beziehungen der EU werden. Denn der Energiepolitik kommt für die **geopolitische Sicherheit, die wirtschaftliche Stabilität Europas und die internationalen Anstrengungen zum Klimaschutz ausschlaggebende Bedeutung zu**.

Versorgungssicherheit wahren - Abhängigkeit verringern

Europa ist verwundbar. Die Importabhängigkeit der EU wird bis zum Jahr 2030 von heute 50% auf 65% des gesamten Energieverbrauchs steigen. Dieser Abhängigkeit im Energiesektor muss auf europäischer Ebene begegnet werden. Die Zeiten, da die Nationalstaaten sinnvoll eine selbstständige Energieaußenpolitik durchführen konnten sind vorbei. Die Befreiung aus der Abhängigkeit vom Nahen Osten und Russland muss ein primäres Ziel der Europäischen Energiepolitik sein. **Um Energiekrisen bewältigen zu können, müssen die Mitgliedstaaten zukünftig mit einer Stimme sprechen**.

Verlässliche Energiepartnerschaften aufbauen

Verlässliche Energiepartnerschaften lassen die Mitgliedsstaaten weniger erpressbar werden. Dafür muss die **Zahl der Energielieferanten erhöht und geographisch möglichst breit gestreut** werden. Die Beziehungen zu den **Energielieferanten** aus dem **Maschrek**, aus dem **Maghreb**, **Aserbaidschan** und **Kasachstan**, den Ländern **Zentralasiens**, aus **Norwegen** sowie zu den **Transitländern** müssen ausgebaut und verbessert werden. Die Beziehungen zu **Russland** müssen auf eine belastbare, verlässliche Basis gestellt werden, die auf echter Gegenseitigkeit und größerer Unabhängigkeit beruht. Ein Schritt hierbei ist der **Bau der Nabucco-Gas-Pipeline zum Transport der Kaspischen Energieressourcen** in die EU, ohne über russisches Territorium zu führen. Die von Rußland geplante Southstream-Pipeline als Verlängerung der bestehenden Blustream-Pipeline kann das Projekt Nabucco und die damit verbundene Unabhängigkeit jedoch stark gefährden und ist damit sehr kritisch zu betrachten.

Besonders die **asiatischen Boomregionen** sind zu enormen Konkurrenten um Energierohstoffe herangewachsen. Hier gilt es, gemeinsame Strategien für eine sichere Energieversorgung zu finden, anstatt die Gegensätze zu betonen. Gleichzeitig lassen sich beim Umwelt- bzw. Klimaschutz in diesen Ländern mit dem Einsatz vergleichsweise geringer Mittel große Erfolge erzielen. Die FDP fordert die EU und die Bundesregierung auf, eine **Energie- und Umweltpartnerschaft mit China und Indien** zu entwickeln, die diesen Gedanken Rechnung trägt, insbesondere bei der Nutzung von Kohle und der Entwicklung von Biokraftstoffen.

Solidarität fördern

Der Energiebinnenmarkt schafft größere Abhängigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten bei der Energieversorgung. Öl und Gas werden auch in Zukunft den wesentlichen Energiebedarf decken müssen. Somit wird die Versorgungssicherheit bei Gas und Öl auch künftig für die EU - Wirtschaft von enormer Bedeutung sein. Beide Sektoren werden in Zukunft noch stärker von Importen abhängig sein. **Es gilt wirksame Mechanismen zu schaffen, die im Falle einer Energiekrise die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sicherstellen.** Die FDP begrüßt Anstrengungen, ein Netz von Energiesicherheitskorrespondenten aufzubauen, das ein **Frühwarnsystem beinhaltet und die Reaktionsfähigkeit der EU in Zeiten externer Versorgungskrisen verbessern** kann.

Energiepolitik europäisieren

Europa muss eine echte gemeinsame Energiepolitik erhalten. Ohne die EU können wir die Energieprobleme des Kontinents nicht lösen. Europa muss an dieser Stelle mehr Kompetenzen erhalten, mit einem starken Energiekommissar. Der Vorschlag, zusätzlich zum Kommissar einen Hohen Vertreter für Energieaußenpolitik im Rat einzusetzen, wird von der FDP daher abgelehnt.